

CVP fast einstimmig gegen «Sendeschluss»

ABSTIMMUNGEN Die CVP Kanton Luzern fasste an ihrer DV in Emmen mit grossem Mehr die Nein-Parole zur No-Billag-Initiative. Nein sagt die Partei auch zur kantonalen Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle».

Die No-Billag-Initiative fordere ein Verbot von Empfangsgebühren und gleichzeitig die Aufhebung des medialen Service public, so Alois Gmür, CVP-Nationalrat aus Einsiedeln (SZ), zu Beginn seiner Ausführungen. Unverständlich sei die gleichzeitige Aufhebung der Beschwerdeinstanz. Sollte die gefährliche Initiative angenommen werden, wäre keine Berichterstattung in vier Landessprachen mehr möglich, so Gmür. Auch der verfassungsmässige Bildungs- und Informationsauftrag könnte nicht mehr erfüllt werden. Die wichtigen kulturellen Besonderheiten des Landes gingen somit verloren, sagte Gmür. Die Initiative sei «ein totaler, unsolidarischer Angriff auf die Schweizer Medienvielfalt.» Wer mache künftig Sendungen für Seh- und Hörbehinderte, für Kinder und Jugendliche, für Randregionen, für Volksmusik- und Blasmusikfreunde?

Kritik am Gewerbeverband

Dem Angriff auf unsere direkte Demokratie müsse ein klares Nein entgegen gesetzt werden. Der Nein-Parole des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) könne er nichts abgewinnen, bezahlten doch Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von 500'000 Franken keine Gebühr. Zwischen 500'000 und 999'999 Franken Umsatz träfe es die Gewerbetreibenden neu mit 365 Franken Jahresgebühr. «Welches Gewerbe vertritt der SGV?», fragt Alois Gmür

deutlich. «Wir wären künftig das einzige europäische Land ohne öffentliche Medienanstalten. Und das wollen wir nicht», beendete der Gastreferent seine Ausführungen zur No-Billag-Initiative.

Seitens der Delegierten wurde moniert, dass die Initiative eine Mogelpackung sei, da immer von den Gebühren gesprochen werde. Vielmehr gehe es aber um die Unabhängigkeit der Medien. Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG), Josef Wyss, äussert aus der Sicht der Gewerbetreibenden den Unmut gegenüber den Aktivitäten des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Die Wirtschaft sei auf eine seriöse Berichterstattung angewiesen, so Wyss. Auch aus der Sicht der Jugend wurde votiert, künftig sei eine unabhängige Medienvielfalt wichtig.

Die Delegierten lehnen mit 5 Ja zu 234 Nein (1 Enthaltung) die No-Billag-Initiative ab.

Gegen weitere staatliche Wohnbauunterstützung

Kantonsrat Marcel Budmiger (SP, Luzern) stellte die Argumente der kantonalen Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» vor. Er verwies auf die grosse Wohnbaugenossenschaftstradition im Kanton Luzern und auf den knappen Leerwohnungsbestand. Die Mieten seien in den letzten Jahren trotz sinkendem Referenzzinssatz gestiegen, so Budmiger. Die Initiative sei die geeignete Antwort auf diese Ausgangslage. Sie wolle das Bauland den Genossenschaften abgeben und die öffentliche Hand solle künftig ein Vorkaufsrecht für Liegenschaften erhalten. Mit dieser Hilfe zur Selbsthilfe würde das lokale Gewerbe gestärkt. Ein Ja zur Initiative sei eine lohnende Zukunftsinvestition. Den ablehnenden Standpunkt vertrat Kantonsrat Ferdinand Zehnder (CVP, Luzern). Das Kantonsparlament habe die Initiative mit 83 zu 23 Stimmen



Der Schwyzer Nationalrat Alois Gmür hielt eine flammende Rede gegen die No-Billag-Initiative. Foto zvg

deutlich abgelehnt. Sie sei «ein Bürokratiemonster und kein taugliches Mittel, bestehende Probleme zu lösen». Die geforderte Finanzierung von über 100 Millionen Franken auf 10 Jahre belastete auch wieder die kleinen Budgets. Im Weiteren sei im Kanton Luzern die Zuständigkeit klar geregelt: Die Gemeinden sind für die Wohnbauförderung zuständig. Dies werde heute gemeinsam mit den vielen guten Wohnbaugenossenschaften bestens gelöst. Der Kanton habe aktuell nur zwei Grundstücke, die sich für die Abgabe an Genossenschaften eignen würden. Der prognostizierte Preiseinbruch bei Hochbauten wirke sich mittelfristig auch auf die Mieten

aus. Eine weitere staatliche Steuerung und somit zusätzliche gesetzliche Bestimmungen seien nicht notwendig, so Zehnder. Die Delegierten lehnen mit 46 Ja zu 189 Nein (4 Enthaltungen) die Vorlage ab.

Zur Finanzordnung 2021 hatte der Parteivorstand mit 54:0 Stimmen die Ja-Parole gefasst.

Nach wie vor grosse Herausforderungen bei den Kantonsfinanzen

Fraktionschef Ludwig Peyer erläuterte anhand einer Grafik die schwierige Luzerner Finanzpolitik. Der Rückgang des nationalen Finanzausgleichs führte zu Mindereinnahmen beim Kanton von

mehreren Hundert Millionen Franken. Dies gelte es auszugleichen. Zusätzlich würden an den Staat immer höhere Anforderungen gestellt. Die Fraktion habe mit einem umfassenden Vorstosspaket im Parlament reagiert und fordert unter dem Titel «Luzern 2021» eine Justierung der Steuerstrategie.

Neuer Finanzchef

Der 45-jährige Ortsparteipräsident von Horw, Ivan Studer, wurde mit grossem Applaus als neuer Finanzchef der Kantonalpartei gewählt. Weiter gab Parteipräsident Christian Ineichen erste Eckwerte der Wahlstrategie 2019 bekannt. DB/WB

Energiegesetz kommt vors Volk

SVP Das Referendum gegen das Energiegesetz des Kantons Luzern dürfte zustande kommen. Die Luzerner SVP kündigte am Sonntagabend an, sie werde die beglaubigten Unterschriften am kommenden Mittwoch um 11 Uhr vor dem Luzerner Regierungsgebäude übergeben. Zuvor hatte SVP-Kantonalpräsidentin Angela Lüthold gegenüber der «Luzerner Zeitung» gesagt, ihre Partei habe die nötigen 3000 Unterschriften für das Referendum zusammen. «Der Start war harzig, danach hat sich aber rasch eine Eigendynamik entwickelt», wird sie auf dem Online-Portal der Zeitung zitiert.

Der Luzerner Kantonsrat hatte im Dezember in zweiter Lesung der Totalrevision des Energiegesetzes mit 86 zu 26 zugestimmt. Ziel ist es, dass die Gebäude im Kanton Luzern weniger Energie brauchen und vermehrt erneuerbare Energie einsetzen. Die SVP hatte als einzige Fraktion das Referendum angekündigt.

Sie stellte sich auf den Standpunkt, nur wegen des Ja zur Energiewende müsse nicht sofort das kantonale Gesetz angepasst werden. Zuerst solle der Bund handeln und eine verbindliche Basis schaffen. Das Gesetz bringe Zwang und verteuere Sanierungen und Neubauten zu stark.

Die anderen Fraktionen waren sich im Grundsatz aber einig, dass das heutige Energiegesetz mit dem technischen Fortschritt und den gesetzlichen Entwicklungen nicht mehr mithalte und zu revidieren sei. sda

SVP sagt deutlich Ja zu «No Billag»

ABSTIMMUNGEN Die Delegierten der SVP trafen sich am Donnerstagabend im Hotel Drei Könige in Entlebuch. Nach der Schweizerischen DV befürworteten auch sie die No-Billag-Initiative mit 85 Ja zu 19 Nein bei sieben Enthaltungen. Kantonsrat Bernhard Steiner, Entlebuch, wurde als Wahlkreis-Präsident verabschiedet.

Nach der Begrüssung durch Kantonalpräsidentin Angela Lüthold-Sidler hiess Bernhard Steiner als Vertreter des Wahlkreises Entlebuch die Anwesenden willkommen. Er pries seinen Parteikameraden und -kameradinnen ein spezielles Grippemittel gegen den Angriff auf die Grundwerte unserer Demokratie an. Als Beispiel prangerte er eine «kommunistische Schulpropaganda» im Lehrplan 21 an. «Politisieren sie mit Kopf und Bauch», empfahl er den Anwesenden.

Klare Sache

Es war wohl das Traktandum mit den meisten Emotionen, die Parolenfassung zur Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren «No-Billag». Mit Vehemenz sprach sich der Pro-Referent Christian Huber, Präsident der Jungen SVP, für die Annahme der Initiative aus. Nur bei einer Annahme der Initiative werde sich bei der SRG etwas ändern. Dann müsse diese effizienter arbeiten und nach anderen Finanzierungsmodellen suchen. Bei einer Ablehnung der Initiative werde sich gar nichts ändern, zeigte sich der Referent überzeugt.

Eine überzeugende Ablehnung der Initiative empfahl FDP-Nationalrat Albert Vitali. Er bezeichnete diese als zu radikal und einen Angriff auf die



Christian Huber, Präsident der Jungen SVP Kanton Luzern, plädiert mit Vehemenz für ein Ja zur No-Billag-Initiative, FDP-Nationalrat Albert Vitali machte sich für eine Ablehnung der Initiative stark. Foto Annalies Studer



direkte Demokratie. Als Präsident der Interessengemeinschaft Volkskultur Schweiz (IGV) erklärte Vitali, dass die SRG ein verlässlicher Partner der Verbände sei und eine nationale Bühne für die Volkskultur biete. Gerade die SVP vertrete doch diese volkulturellen Werte, sagte Vitali.

Obwohl sich in der anschliessenden Diskussion sieben Personen gegen die Initiative und lediglich zwei Personen dafür aussprachen, fiel das Resultat mit 85 Ja, 19 Nein und sieben Enthaltungen deutlich aus.

Nein zur Wohnbauinitiative

Zur kantonalen Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» referierte der SP-Kantonsrat David Roth. Der Wohnraum sei knapp und meist zu teuer, insbesondere

für Familien, erklärte Roth. Er plädierte für mehr Wohnbau-Genossenschaften und Wohnbau-Fonds. Die Initiative verlangt vom Kanton, Bauland an die Gemeinden abzutreten.

Das würde den Kanton jährlich elf Millionen Franken kosten, konterte SVP-Kantonsrat Armin Hartmann, der Präsident des Hauseigentümerverbandes. Dafür sei das Geld schlicht und einfach nicht vorhanden. Ausserdem habe sich der Markt entspannt, weshalb die Initiative unnötig sei. Hartmann empfahl deshalb die Ablehnung.

Die Delegierten folgten seinem Antrag einstimmig mit 108 Ja zu null bei einer Enthaltung. Ebenfalls stimmten sie nach den Erläuterungen durch Armin Hartmann dem Bundesbeschluss für die neue Finanzordnung 2021 zu.

Fraktionschef lanciert den Wahlkampf

Zum Schluss der Versammlung brachte Kantonsrat Guido Müller den Anwesenden seine Eindrücke aus dem Kantonsrat näher. Er zeigte sich enttäuscht von einer «einseitigen Berichterstattung» durch die Medien und der Politik der CVP und rief die SVP-Mitglieder im Hinblick auf die kommenden Wahlen zu intensiver Werbung für die SVP auf.

Die Kantonalpräsidentin Angela Lüthold verabschiedete zwei engagierte Parteileitungs-Mitglieder und Wahlkreispräsidenten, Peter With, Luzern, und Bernhard Steiner, Entlebuch, mit einem Geschenk und dankte den beiden für den immensen Einsatz für die Partei. AS